

Berichte	Bd. 91, H. 2, 2017, S. 155–171	Leipzig
----------	--------------------------------	---------

Sören BECKER, Bonn
Britta KLAGGE, Bonn

***Context Shaping* und Transitionen zur Nachhaltigkeit: das Beispiel Energiewende**

Context Shaping and Transitions to Sustainability: the Example of the Energy Transition (*Energiewende*)

Summary: Existing approaches in transition theory are characterised by a tension between approaches highlighting systemic change and those focusing on the enactment and agency within transitions. This paper suggests an avenue to integrate the analysis of agency and structural change in energy transitions. To this aim the paper introduces the notion of context shaping which was developed in Colin Hay's contribution to the community power debates. Context shaping is defined as the ability of actors to define the context framework for future agency. This conceptual perspective is applied to the German energy transition (*Energiewende*). Our paper explores three main questions referring to a) the contribution of the notion of context shaping to transition studies, b) the actors most important for context shaping in the German energy transition, and c) the interrelations between changes in political-economic and planning contexts which have been crucial for spatial analyses of the Germany's energy transition. Our findings reveal a strong impact of environmentally motivated actors outside and inside the political institutions. The context enabling the take-off of the German energy transition is characterized by a duality of the governance structure in Germany's energy transition, which is the result of context shaping in political processes and conflicts at various levels and in different policy fields. We conclude that context shaping provides a new way of assessing agency and power within a multi-level perspective, and thus improves our understanding of the production of space and its enabling conditions.

Keywords: context shaping, sustainability transition, energy transition, renewable energy, governance, planning, Germany – Nachhaltigkeit, Energiewende, erneuerbare Energien, Governance, Planung, Deutschland

1 Einleitung

Seit über zehn Jahren hat sich unter der Überschrift *Sustainability Transitions* eine sehr wirkmächtige internationale Debatte entwickelt, die ein wichtiger Referenzpunkt für die Erforschung der Durchsetzung von neuen Technologien geworden

ist (MARKARD et al. 2012). Dieser Ansatz hat auch Diskussionen um die deutsche Energiewende hin zu erneuerbaren Energien angeregt (GEELS et al. 2016). Im Mittelpunkt steht dabei, wie bestehende sozio-technische Systeme rekonfiguriert werden können, so dass nachhaltige Technologien und Praktiken bestehende Strukturen ablösen. Die zentrale Heuristik in diesem Ansatz, die sogenannte Multi-Level-Perspektive (GEELS 2002; GEELS & SCHOT 2007), wurde in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, u. a. für die fehlende Berücksichtigung von handelnden Akteuren und Politik (SMITH et al. 2005; MEADOWCROFT 2009), aber auch für eine geringe Sensibilität gegenüber räumlichen Aspekten (LAWHON & MURPHY 2012). Während beide Kritikpunkte eine starke Debatte angestoßen haben, verschiebt sich in neuster Zeit der Fokus auf strukturelle, institutionelle und polit-ökonomische Bedingungen von Transitionsprozessen (GEELS 2014; LOCKWOOD et al. 2017; HESS et al. 2017). Mit anderen Worten: Der Blick geht auf die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen von Handeln und Governance in Nachhaltigkeitstransitionen.

Für eine solche Betrachtung eignet sich die deutsche Energiewende besonders gut. Seit deren Beginn ist die Energiewirtschaft von einem grundlegenden Wandel ihrer Governance-Strukturen geprägt, also von einem Prozess, in dessen Verlauf sich Akteurs-¹ und Interessenkonstellationen verändern und neue Koordinations- und Steuerungsstrukturen entstehen. Beispiele für diese Veränderungen sind vielfältig und auf verschiedenen politischen Ebenen angesiedelt. Bundesweite Gesetze wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und dessen Novellierungen auf Bundesebene, Energiekonzepte der Bundesländer und Vorgaben für die Regionalplanung, regionale Initiativen wie 100%-Erneuerbare-Energien-Regionen, lokale Klimaschutzkonzepte oder neue Organisationsformen wie Bio-Energiedörfer steuern den Ausbau von erneuerbaren Energien mit verschiedenen Anreizen und Regeln (KLAGGE 2013; MOSS et al. 2015). Gleichzeitig wird die Energiewende durch individuelle und kollektive Akteure umgesetzt bzw. realisiert (vgl. SCHMID et al. 2016).

Die bisherige Forschung zur Governance der Energiewende beschäftigt sich oft mit der nationalen Ebene *oder* mit der lokalen oder regionalen Ebene. Arbeiten auf der nationalen Ebene bearbeiten i. d. R. das Wechselspiel zwischen verschiedenen Akteuren und dem Entstehen des nationalen regulativen Rahmens für die Energiewende (GEELS et al. 2016; SANDER 2016; SCHMID et al. 2016). Arbeiten auf der lokalen oder regionalen Ebene fokussieren dagegen die Entstehung neuer Steuerungsformen (BAURIEDL 2016; SPÄTH & ROHRACHER 2010), lokale Konflikte um Standorte und die Akzeptanz von Windenergieanlagen oder Netzausbauprojekten (OTTO & LEIBENATH 2014; SÜSSER et al. 2017; WEBER et al. 2016) oder die Ausrichtung der lokalen Energiepolitik (vgl. BECKER et al. 2016).

¹ Der Beitrag spricht funktional von Akteuren, ohne diese nach ihrem Geschlecht zu differenzieren. Werden spezifische Funktionsbezeichnungen gewählt, wird der Einfachheit halber nur die männliche Sprachform verwendet. So sind in der Bezeichnung „Bürger“ Personen aller Geschlechter gemeint. Gleichzeitig spricht der Beitrag Machtdifferenzen zwischen verschiedenen Akteuren explizit an, die auch zwischen verschiedenen Geschlechtern wirken können. Die Wirkung der Strukturkategorie Geschlecht innerhalb von Energiewendeprozessen und Transitionen zur Nachhaltigkeit halten wir für ein interessantes Feld für zukünftige Forschungen.

Unser Artikel schlägt vor, die Rahmensetzung für die Förderung und räumliche Planung der Energiewende ebenenübergreifend als Prozesse des *Context Shaping* zu betrachten. Der Begriff *Context Shaping* wurde von Colin HAY (1997) als Beitrag zur so genannten Community-Power-Debatte in der Politikwissenschaft entwickelt (LUKES 1974; DAHL 1957; BACHRACH & BARATZ 1962) und stellt einen Versuch dar, Macht theoretisch zu erfassen. *Context Shaping* beschreibt die Fähigkeit von Akteuren, die Bedingungen des Handelns bzw. die Handlungsmöglichkeiten anderer Akteure zu beeinflussen oder gar zu definieren (vgl. HAY 1997, 50). Damit ist *Context Shaping* von direkten Formen der Machtausübung wie Zwang oder ähnlichem abzugrenzen. Vielmehr beschreibt das Konzept, wie Akteure versuchen, die Rahmenbedingungen künftigen Handelns gemäß ihren Interessen und Zielen zu verändern. Neuere Bezüge auf *Context Shaping* in Forschungen zu Landschaften (GAILING 2015) und Wassergovernance (HÜESKER & MOSS 2015) zeigen, dass es sich um einen komplexen Prozess handelt, der unterschiedliche Politikfelder betreffen und sich auf verschiedenen Ebenen abspielen kann. *Context Shaping* ist bisher mehr eine Denkfigur als ein Theoriegebäude. Die Verbindung zwischen sozialem Handeln und der Veränderung von Strukturen bietet jedoch Anschlüsse zu verschiedenen Theorietraditionen, darunter kritische Konzepte institutionellem Wandels (CUMBERS et al. 2003; JESSOP 2001) oder Hegemonietheorien (GLASZE & MATTISSEK 2012; STRÜVER 2012). Als ursprünglich politikwissenschaftliches Konzept ist es für die geographische Forschung hilfreich, um Rahmensetzungen und Entscheidungen zu berücksichtigen, welche die Produktion und Veränderung von räumlichen Strukturen definieren.

Unser Beitrag folgt einem akteursbezogenen Ansatz von *Context Shaping* und wendet diesen erstmalig auf die deutsche Energiewende an. Folgende Leitfragen werden untersucht: Inwieweit ist *Context Shaping* geeignet, Transitionsprozesse besser zu verstehen? Welche Akteure und Interessen haben die Rahmensetzung der Energiewende bestimmt? Wie wirken die Veränderungen von wirtschaftlichen und räumlichen Bedingungen zusammen? Unser Argument ist, dass die Rahmenbedingungen der Energiewende von Akteuren in Prozessen des *Context Shaping* auf verschiedenen Ebenen sowie in verschiedenen Politikfeldern verhandelt werden. Das machen wir am Beispiel der wirtschaftlichen Förderung der erneuerbaren Energien und neuen Verfahren der Raumplanung deutlich. Wir stützen uns dabei auf die Auswertung vorheriger Arbeiten und Studien und interpretieren diese neu.

Wir entwickeln unser Argument in den folgenden Schritten: Zuerst betten wir die Idee des *Context Shaping* in die internationale Debatte um *Sustainability Transitions* und die so genannte Multi-Level-Perspektive ein (MARKARD et al. 2012; GEELS 2002; GEELS & SCHOT 2007). Wir arbeiten heraus, dass soziales Handeln sowie der wirtschaftlich-politische und der räumliche Kontext häufig als Kritikpunkte der Transitionsforschung dargestellt wurden. Daraufhin wenden wir uns der deutschen Energiewende zu und diskutieren zunächst die beteiligten Akteure und Interessen, bevor wir die Prozesse des *Context Shaping* am Beispiel des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und der Raumplanung darstellen. Der Beitrag wird von einer Zusammenfassung abgeschlossen, die die Potenziale von *Context Shaping* für die Geographie thematisiert und weitergehende Forschungsfragen entwickelt.

2 Der Kontext von Transitionen und Energiewenden

Der hier vorgestellte Ansatz verbindet das Handeln von Akteuren und die Veränderung von Strukturen auf unterschiedlichen Ebenen. Gleichzeitig spiegelt dieser Beitrag aktuelle Entwicklungen in der internationalen Debatte um Transitionen zur Nachhaltigkeit wider (GEELS & SCHOT 2007; MARKARD et al. 2012). Ausgangspunkt dieser Debatte war die so genannte Multi-Level-Perspektive, welche annimmt, dass Innovationen überwiegend in „Nischen“ entstehen und dort erprobt werden, bevor sie bestehende Strukturen eines soziotechnischen Regimes beeinflussen oder ablösen können (GEELS 2002; GEELS 2011). Interessant dabei ist, dass in der Theorie die Strukturen eines Regimes häufig als stabil beschrieben werden, während das eigentliche Interesse des Ansatzes ihrer Veränderung gilt. Um die wechselseitige Bedingtheit von Struktur und Handeln zu erfassen, wird auf GIDDENS' Theorie der Strukturierung zurückgegriffen (GEELS 2004; GIDDENS 1984).

Allerdings hat sich verhältnismäßig früh die Kritik entwickelt, dass aufgrund der hohen Abstraktionsebene innerhalb der Multi-Level-Perspektive das Handeln von Akteuren – also die Frage, wie Transitionen als Wandlungsprozess überhaupt in die Welt gebracht werden – letztlich unterbelichtet bleibe (SMITH et al. 2005). Diese Kritik konstituiert einen eigenen Debattenstrang innerhalb der Transitionsforschung, der sich mit Fragen der Politik hinter oder der Umsetzung von Transitionsprozessen beschäftigt (MEADOWCROFT 2009; SCHMID et al. 2016). In diesem wird häufig mit Fallstudien zu einer spezifischen Fragestellung gearbeitet, wie bspw. dem Einfluss von *Policy-Entrepreneurs* oder der Koalitionsbildung (TIMMERMANS et al. 2014; HESS 2014). Dieser Strang hat daneben auch konzeptionelle Beiträge hervorgebracht, z.B. über verschiedene Formen von Macht in Transitionsprozessen (AVELINO & ROTMANS 2009).

Neben der fehlenden Berücksichtigung von sozialem Handeln in der Transitionsforschung wird zudem kritisiert, dass Transitionsforschung Fragen der konkreten räumlichen, politischen und sozialen Bedingungen von technischen Veränderungen entweder ganz ausblendet oder in der Analyse lediglich als Hintergrundfaktoren auf der Landschaftsebene einfließen lässt (SHOVE & WALKER 2007; LAWHON & MURPHY 2012). BERKHOUT et al. (2004) haben früh versucht, diesen Sachverhalt aufzugreifen, doch erst in letzter Zeit wird breiter diskutiert, wie die Bedingungen von Transitionsprozessen erfasst werden können. So bemerkt GEELS (2014), dass sich die Transitionsforschung stärker Fragen der politischen Ökonomie zuwenden solle. In eine ähnliche Richtung argumentieren auch LIEBERHERR & FUENFSCHILLING (2016), die institutionellen Wandel und lokale Governance-Modi als wichtige Bedingungen für Transitionen im australischen Wassersektor diskutieren.

In letzter Zeit wurden bereits Vorschläge entwickelt, welche die Wechselbeziehungen zwischen Handeln und Strukturen in der Transitionsforschung in den Mittelpunkt stellen. Darunter fallen institutionentheoretische Arbeiten, wie z.B. LOCKWOOD et al. (2017), die eine Forschungsagenda entwickeln, wie Veränderungen und Widerstände bzw. Pfadabhängigkeiten in Transitionsprozessen mit dem Historischen Institutionalismus erklärt werden können. HESS et al. (2017) schlagen dagegen eine stärker strategisch motivierte Perspektive vor, durch eine genauere Analyse bestehender institutioneller Strukturen Möglichkeiten und Hindernisse für

Transitionen zu identifizieren, die dann durch soziales Handeln genutzt werden können. Wir argumentieren, dass *Context Shaping* eine solche vermittelnde Perspektive zwischen Strukturen und Handeln darstellt.

Wie oben erwähnt, beschreibt *Context Shaping* eine indirekte Form der Machtausübung, nämlich "the capacity of actors to define the parameters of what is socially, politically and economically possible for others" (HAY 1997, 49). In diesem Sinne wenden Akteure Strategien an, um Rahmenbedingungen gemäß ihren Interessen und Zielen auszurichten, z. B. durch neue Gesetze oder Verfahrensregelungen: „structures, institutions and organisations are shaped by human action in such a way as to alter the parameters of subsequent action" (ibid., 51). Damit besteht eine doppelte Beziehung zwischen den geschaffenen Strukturen und dem Handeln von Akteuren: Während Strukturen den Rahmen möglichen Handelns festlegen, versuchen Akteure, diesen nach ihren Interessen und Zielen zu gestalten (vgl. GIDDENS 1984; JESSOP 2001). Akteure gestalten Strukturen, Institutionen und Organisationen bewusst so, dass ihre Interessen in den Regeln bzw. Strukturen eingeschrieben werden, was sich wiederum auf ihr Handeln „in der nächsten Runde“ auswirkt. Dabei ist zu beachten, dass verschiedene Arten von Akteuren (z. B. individuelle, kollektive) unterschiedlich gut mit Ressourcen ausgestattet sind und insb. der Einfluss auf bestimmte Verfahren bzw. der Zugang zu bestimmten Institutionen ungleich verteilt ist (JESSOP 2008). Von einer Umweltorganisation bspw. ist zu erwarten, dass sie leichter einen Zugang zum Umweltministerium bekommt als zum Wirtschaftsministerium; außerdem verfügen Umweltverbände bei bestimmten Verfahren über das Recht zur Verbandsklage. Dementsprechend muss im jeweiligen Fall stets empirisch untersucht werden, welche Akteure für *Context Shaping* relevant sind.

Eine Operationalisierung von *Context Shaping* muss daher einerseits relevante Veränderungen in Handlungskontexten, z. B. durch Gesetzesänderungen, identifizieren und diese andererseits über das Handeln von Akteuren erklären. Interessant ist dann, welche Akteure mit welchen Strategien erfolgreich waren, ihre Ziele in die neuen Rahmenbedingungen einzuschreiben – und wie dieser Prozess unterschiedliche Positionierungen und Ressourcenungleichheiten widerspiegelt. Gleichzeitig verfügt *Context Shaping* über eine zeitliche Dimension, da heutige Veränderungen die Bedingungen zukünftigen Handelns bestimmen und somit auch Auswirkungen der Veränderungen untersucht werden können.

In Transitionsprozessen können verschiedene Phänomene als *Context Shaping* verstanden werden: Versuche, den gesetzlichen Rahmen als Unterstützung für neue Technologien oder soziale Experimente zu gestalten, das Auflegen von lokalen Programmen für den Ausbau von erneuerbaren Energien oder Elektromobilität, aber auch die Festschreibung neuer Prioritäten in Planungsverfahren oder in der öffentlichen Beschaffung. *Context Shaping* bezieht sich damit sowohl auf die Landschaftsebene als auch die Ebene des Regimes in der Multi-Level-Perspektive. Damit eröffnet es den Blick für Akteurshandeln, das mehrere Ebenen umspannt. Um das Konzept zu illustrieren und anhand eines Beispiels dessen konzeptionellen Mehrwert darzustellen, werden wir uns nun der Schaffung des gesetzlichen Rahmens und der Veränderung der Raumplanung in der deutschen Energiewende zuwenden.

3 *Context Shaping* in der deutschen Energiewende

3.1 *Ebenenübergreifende Akteurskonstellationen*

Die Energiewende ist ein sozio-technischer Veränderungsprozess, der gleichzeitig technologische Konfigurationen sowie Organisations- und Steuerungsformen im Energiesektor umgestaltet. Dabei sind viele verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Ressourcen beteiligt (vgl. MAUTZ 2012, 228; REICHE 2004, 85 ff.; SCHMID et al. 2016). Hierzu gehören öffentliche Akteure auf allen politisch-administrativen Ebenen (EU, Bund, Land, Region, Kommune), v. a. aus den Bereichen der Energie(politik) und Raumplanung. Weitere zentrale Akteure sind Unternehmen, v. a. der Energiewirtschaft (inkl. Netzbetreiber) und des Agrarsektors (v. a. landwirtschaftliche Betriebe) sowie zivilgesellschaftliche Organisationen (Verbände, Bürgerinitiativen). Nicht zuletzt ist die Bevölkerung zu nennen, die zum einen als „Betroffene“ in Raumplanungs- und andere politische Prozesse eingebunden ist; so können Nachbarn und Bewohner auf der lokalen Ebene eine wichtige Rolle als Gegner des Ausbaus erneuerbarer Energien spielen. Zum anderen treten (i. d. R. andere) Bewohner einer Region auch als Investoren und private Anlagenbetreiber auf und gehören dann zu den Befürwortern – zumindest der von ihnen selbst (mit-) finanzierten Anlagen. Die unterschiedlichen Ressourcen und Interessen der Akteure bedeuten gleichzeitig, dass ihre Möglichkeiten, Prozesse tatsächlich zu beeinflussen, ungleich verteilt sind.

Analysen auf der nationalen Ebene teilen häufig Akteure entsprechend der Theorie der *Strategic Action Fields* in *Incumbents* und *Challenger* ein, welche in verschiedenen politischen Feldern versuchen, ihre Interessen in Bezug auf eine Bewahrung oder Veränderung des Status quo durchzusetzen (SCHMID et al. 2016). Auch in dieser Perspektive geht es darum, die Entwicklung von Rahmenbedingungen zu verstehen. Allerdings fokussiert der Ansatz stärker die Positionierung der einzelnen Akteure als ihre Strategien, diese tatsächlich zu verändern. Polit-ökonomische Ansätze sprechen von einem „grauen“ und einem „grünen“ Projekt, das jeweils unterschiedliche Interessen um fossile bzw. erneuerbare Energien vereint (SANDER 2016). Demzufolge herrschen zwischen den verschiedenen Fraktionen Auseinandersetzungen sowohl um die Deutungshoheit als auch um die politische Einschreibung der damit verbundenen Ziele. Damit werden die Novellen des EEG und Diskussionen um Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke als Auseinandersetzungen um die Hegemonie und die konkrete Regelung beschrieben.

Für die lokale Ebene hat es verschiedene Ansätze gegeben, die involvierten Akteure zu klassifizieren. Häufiges Unterscheidungskriterium sind Treiber bzw. Opponenten gegenüber lokalen Energiewendeprojekten. BAURIEDL (2016, 76) bspw. entwickelt eine Typologie von Treibern und Opponenten für die Energieträger Biomasse, Windkraft und Solarthermie in verschiedenen Phasen der Energiewende. Vereinfacht gesagt, zählen diejenigen Akteure zu den Treibern, denen ein Vorteil durch erneuerbare Energien entsteht, während sich die Opponenten auf schützenswerte Güter berufen, die sie von erneuerbaren Energien bedroht sehen. Das können Grundstückwert und Wohnqualität, bedrohte Arten oder landschaftliche Ensembles sein.

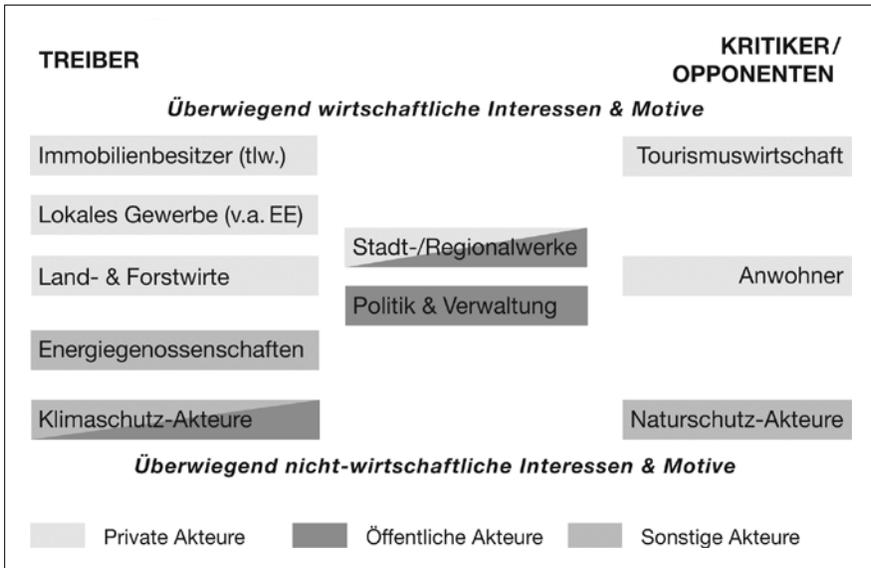


Abb. 1: Akteure auf lokaler und regionaler Ebene: Treiber und Opponenten zwischen wirtschaftlichen und nicht-wirtschaftlichen Interessen und Motiven

Fig. 1: Actors at the local and regional level: drivers and opponents between economic and non-economic interests and motives

Abbildung 1 greift diesen Gedanken auf und stellt schematisch Treiber und Opponenten in lokalen bzw. regionalen Akteurskonstellationen dar. Die Abbildung verdeutlicht, dass wirtschaftliche Interessen sowohl bei den Treibern als auch bei den Opponenten eine zentrale Rolle spielen (können). Eine Mittlerrolle nehmen häufig Stadt- bzw. Regionalwerke sowie Politik und Verwaltung ein, die sowohl wirtschaftliche als auch nicht-wirtschaftliche Interessen berücksichtigen und gewichten (müssen). Je nach politischem Hintergrund und abhängig von demokratischen Prozessen treten sie nicht selten als Treiber einer lokalen Energiewende auf und stellen dann wichtige Schlüsselakteure dar (KLAGGE & BROCKE 2013). Insgesamt sind jedoch auf der lokalen und regionalen Ebene viele verschiedene Akteurs-, Interessens- und Konfliktkonstellationen denkbar, die auch, aber nicht in erster Linie von den naturräumlichen Bedingungen abhängen (vgl. BOSCH et al. 2016). Als wichtiger haben sich vielmehr die wirtschaftlichen Förderbedingungen als Kontext erwiesen, der auf der nationalen Ebene verhandelt und festgelegt wurde.

3.2 Context Shaping in wirtschaftlich-politischer Perspektive: die bundesweite Förderung von erneuerbaren Energien

Während die bisherigen Arbeiten zu Akteuren in der Energiewende häufig einen lokalen oder regionalen Fokus aufweisen, sind die Dynamiken lokaler Energie-

wenden jedoch auch durch Bedingungen auf der Bundes-, Landes- oder regionalplanerischen Ebene geprägt.² Gesetze, Erlasse, Klimaziele, Verwaltungsvorschriften, Verfahren etc. sind das Ergebnis von Akteurshandeln in politischen und verwaltungsinternen Prozessen auf verschiedenen Ebenen.

Zentrales und viel zitiertes Beispiel für die Schaffung von Rahmenbedingungen für die Energiewende ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) von 2000, das mit seinem Vorgänger, dem Stromeinspeisungsgesetz von 1991, die Einspeisung und Vergütung von erneuerbaren Energien regelt. Ebenfalls bedeutsam für die Restrukturierung des Energiesektors waren das Gesetz zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung, die Reformen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) zur Umsetzung der europäischen Vorschriften in nationales Recht sowie die Gesetzgebung zum Atomausstieg. Das EEG gilt jedoch als zentrale Voraussetzung für die deutsche Energiewende (JACOBSSON & LAUBER 2006; HOPPMANN et al. 2014; GEELS et al. 2016).

Das EEG ist eine Fortsetzung vorhergehender Auseinandersetzungen um *Context Shaping* zwischen Unternehmensverbänden, Umweltverbänden, verschiedenen Gewerkschaften, Parlamentariern und den unterschiedlichen Ministerien. JACOBSSON & LAUBER (2006, 256) beschreiben diese Prozesse auch als „battle over institutions“. Das Schmieden breiterer gesellschaftlicher Koalitionen war eine Schlüsselstrategie für Rahmensetzungen zur Förderung erneuerbarer Energien; gleichzeitig bauten diese Koalitionen auf vorangegangenen Konflikten um Atomenergie auf (TOKE 2011). So hatte sich bereits in den Diskussionen um ein Stromeinspeisungsgesetz in den späten 1980er Jahren eine Koalition aus einzelnen Parlamentariern und Umweltverbänden gebildet, die in Folge der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl erneuerbare Energien fördern wollte (ibid., 264). Das im Dezember 1990 verabschiedete Gesetz beinhaltete einen Einspeisezwang für Solar- und Windenergie sowie eine quotierte Vergütung für die Abnahme des erzeugten Stroms. Der daraufhin entstehende Markt für Windenergie brachte auch die Gewerkschaft IG Metall auf die Seite der Unterstützer. Dagegen versuchte die etablierte Energiewirtschaft, das Gesetz auf politischem Weg, etwa durch Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof, zu kippen.

Ein Versuch der schwarz-gelben Regierung im Jahr 1997, die Einspeisevergütungen zu kürzen, führte zu Protesten sowohl der zivilgesellschaftlichen als auch der parlamentarischen Unterstützer (ibid., 267). Ab 1998 setzte sich die rot-grüne Regierung dafür ein, die Mechanismen des Stromeinspeisungsgesetzes auszuweiten, und führte dann mit dem EEG eine Netzanschlusspflicht, einen Einspeisevorrang sowie eine auf 20 Jahre garantierte Vergütung für erneuerbare Energien ein. Das EEG wurde als „Parlamentsgesetz“ ohne Vorgaben von Ministerien oder Parteien verabschiedet; die Einflussnahme außerparlamentarischer Akteure verlief dementsprechend auch dezentral. Um den Ausbau der Solarenergie zusätzlich zu

² Selbstverständlich setzt auch die europäische Ebene für alle diese Prozesse einen entscheidenden Rahmen. Um den Mehrwert des Konzepts zu illustrieren, beschränken wir uns jedoch nur auf die nationale und die darunterliegenden Ebenen. Für die europäische Dimension der Energiepolitik siehe bspw. HAAS (2017).

fördern, wurde das EEG mit dem sogenannten 100.000-Dächerprogramm begleitet. Das Gesetz selbst war v. a. umweltpolitisch motiviert. In der Argumentation wurde aber auch auf industriepolitische Motive Bezug genommen, konkret die Schaffung und Gestaltung von Märkten für grüne Technologien (*demand pull*). Letztlich hat die Förderung durch die garantierte Einspeisevergütung sowohl ein neues Marktsegment geschaffen als auch den Ausbau erneuerbarer Energien maßgeblich ermöglicht und vorangetrieben.

Die ökonomischen Anreize haben erneuerbare Energien als Anlageobjekt für verschiedene Investoren, darunter auch Privatpersonen, attraktiv gemacht und die erneuerbare Stromerzeugung damit aus der Nische der ökologisch motivierten Tüftler und Pioniere befreit (vgl. TOKE 2011). TOKE & LAUBER (2007, 683) zeigen auf, dass die Energiewende trotz der staatlichen Garantien auch wettbewerbliche Prozesse umfasst. Sie beziehen sich einerseits auf den Wettbewerb zwischen den Anlagenherstellern und -entwicklern und andererseits auf die Konkurrenz auf dem Stromerzeugungsmarkt, der durch den Markteintritt neuer Akteure die etablierte Energiewirtschaft herausforderte. Die Koordination dieses Engagements und der entsprechenden Investitionen erfolgt im Rahmen der staatlich-hierarchisch festgelegten Förderbedingungen des EEG marktlich-dezentral (KLAGGE 2013). Konkret setzt das EEG neben dem Einspeisevorrang für erneuerbare Energien finanzielle Anreize und stellt damit das zentrale Koordinationsinstrument für die Finanzflüsse im Bereich erneuerbare Energien dar. Somit hat das EEG – neben anderen Gesetzen – den Rahmen gesetzt, in dem sich dann das Spiel der verschiedenen Akteure entfalten konnte.

3.3 Context Shaping in räumlicher Sicht: die Verfahren der Raumplanung
Gegenüber Gesetzen wie dem EEG, die mittels Anreizen, Verboten oder anderen Formen der Regulierung den Rahmen setzen, spielen in der Raumplanung planerische Instrumente und Verfahren eine Rolle. Diese sind durch gesetzliche Vorgaben bestimmt, enthalten aber trotzdem noch eine dynamische Komponente, in der verschiedene Formen der Abwägung eine Rolle spielen. Letztlich kriert der stark dezentrale Charakter dieser Planungsprozesse eine Vielzahl von möglichen Abwägungen und Verfahren, die jeweils wiederum von den jeweils landespezifischen Vorgaben bestimmt sind. Die Raum- und insb. die Regionalplanung bestimmen, wo welche Art von Erneuerbare-Energien-Anlagen tatsächlich gebaut werden kann. Die Raumplanung kann insofern als Beispiel für *Context Shaping* verstanden werden, als dass die Verfahren und Abwägungen (und die darauf beruhenden Entscheidungen) die räumliche Realisierung der Energiewende festlegen – gleichzeitig sind diese Prozesse durch gesetzliche Vorgaben definiert.

Für verschiedene Energieträger haben sich unterschiedliche Verfahren etabliert, an deren Entwicklung sich neben politischen und administrativen Akteuren auch viele weitere Akteursgruppen im Sinne von *Context Shaping* beteiligt haben. Für die Windenergie, aber auch für Photovoltaik-Freiflächenanlagen, spielen inzwischen die Landes- und regionale Ebene eine wichtige Rolle, indem sie unter Einbeziehung der lokalen Planungsakteure z. B. die Ausweisung von Vorrang- und Eignungsgebieten vorantreiben (vgl. LIEBRENZ 2013; THOM 2013). Die Standort-

entscheidungen bei Biogasanlagen werden hingegen i. d. R. durch die Initiative eines (potenziellen) Investors oder Anlagenbetreibers angestoßen, und dann werden in Bauleit- bzw. Baugenehmigungsverfahren nach BauGB die verschiedenen Interessen abgewogen bzw. Kompromisse gefunden (WOTHA 2013).

An den Planungs- und Genehmigungsprozessen gemäß Planungsgesetzgebung und informellen Verfahren wirken neben den Antragstellern und den Planungsbehörden weitere Akteure mit. So können Bewohner, Betroffene und Bürgerinitiativen in Eingabeverfahren, Beteiligungsdialogen und informellen Instrumenten an der Gestaltung der Politik mitarbeiten und damit Einfluss auf die räumliche Umsetzung der dezentralen Energieerzeugung nehmen. Meistens thematisieren letztere Flächennutzungskonflikte bzw. Störungen; Bürger können aber auch als Investoren oder Betreiber auftreten. Vertreter der lokalen Wirtschaft heben oftmals positive lokalwirtschaftliche Effekte hervor. Solche Beteiligungsverfahren öffnen einen Raum für Diskussionen zwischen verschiedenen Interessen und Akteuren, sind aber keine Allzweck-Lösung zur Herstellung von Akzeptanz (SCHWEIZER & BOVET 2016). Sie bieten vielmehr einen Rahmen für lokale Aushandlungsprozesse, deren Lösungsoptionen wiederum von den Gesetzen und Vorgaben der Landes- und Bundesebene bestimmt werden. Das weiter gefasste Zusammenspiel von wirtschaftlichen und planerischen Akteuren über verschiedene Ebenen hinweg ist Gegenstand des folgenden Abschnitts.

3.4 Context Shaping und komplexe Governance-Strukturen

In den vorangegangenen beiden Abschnitten haben wir die Förderung von erneuerbaren Energien und Verfahren der Raumplanung als *Context Shaping* in der Energiewende diskutiert. Beide Bereiche haben einen Einfluss auf die Realisierung der Energiewende; in ihren Auswirkungen lässt sich beobachten, wie beide Prozesse in der Praxis zusammenwirken. Hier lässt sich von einer Dualität von ökonomisch-finanziellen Anreizen auf der nationalen Ebene und überwiegend auf der lokalen und regionalen Ebene angesiedelten planerischen Einflussmöglichkeiten sprechen. Unsere Darstellung zeigt, dass bei der Realisierung der Energiewende diese verschiedenen Kontexte ineinandergreifen und das Akteurshandeln gleichzeitig über die verschiedenen Ebenen vernetzt ist.

Die gesetzlichen Regelungen rund um das EEG und die Planungsprozesse für die Energiewende wirken stark auf Finanzströme und die räumliche Struktur der Energieversorgung ein. Abbildung 2 zeichnet die wichtigsten Akteure und Prozesse der politischen Einflussnahme bzw. Finanzierung abstrakt nach. Es wird eine doppelte Dualität der Governance-Struktur dargestellt: einerseits in Bezug auf die räumlichen Ebenen, andererseits in Bezug auf die verschiedenen (Politik-) Felder. Im politischen Prozess auf nationaler Ebene wurde wie oben beschrieben der energiepolitische Rahmen gesetzt; dieser besteht aus verschiedenen Gesetzen (u. a. EEG, EnWG) und ihren Regelungen zu Anreizen, Marktdesign, Netzzugang etc. Diese sind Ergebnis des politischen Prozesses, in dem die Parteien in den Parlamenten, die Regierung und Bundesverwaltung ebenso beteiligt waren wie außerparlamentarische Akteure, namentlich Umwelt- und Unternehmensverbände (vgl. 3.2). Auf lokaler und regionaler Ebene hingegen materialisiert sich die Frage, wer

den kann (insb. durch Bürgerbeteiligung, siehe 3.3), sondern wie dieser außerdem jenseits der lokalen Ebene besser gesteuert werden kann. Neben regionalen Energiekonzepten (BMVBS 2011) sind hier (landes)planerische Einschränkungen für den Bau von Solarkraftwerken auf Freiflächen zu nennen (z. B. im LROP in Niedersachsen). Im Bereich der Windenergie haben regionale und sogar landesweite Standortplanungen bereits seit Längerem eine große Bedeutung (vgl. LIEBRENZ 2013; THOM 2013). Gleichzeitig wirken neue Gesetze auf Planungsprozesse zurück, wie das bereits erwähnte Netzausbaubeschleunigungsgesetz, das in erster Linie der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren dient (vgl. auch STEGERT & KLAGGE 2015). *Context Shaping* ist damit ein kontinuierlicher und auch pfadabhängiger Prozess, in dessen Verlauf sich nicht nur Rahmenbedingungen verändern, sondern auch die sie (mit)gestaltenden Akteurs- und Interessenkonstellationen.

4 Schlussfolgerungen

Die deutsche Energiewende ist das Ergebnis eines komplexen Zusammenspiels von politischen Zielvorgaben, sich verändernden Förder- und Verwaltungsstrukturen und dem Akteurshandeln auf unterschiedlichen Ebenen. Die bisherigen Forschungen tragen dieser Komplexität nur bedingt Rechnung, da sie sich häufig entweder mit der lokalen und regionalen (BAURIEDL 2016; BECKER et al. 2016; SPÄTH & ROHRACHER 2010) oder mit der nationalen Ebene (GEELS et al. 2016; SANDER 2016; SCHMID et al. 2016) beschäftigen. Unser Ansatz bietet eine Perspektive, Handeln über die verschiedenen räumlichen Ebenen hinweg zu erfassen. *Context Shaping* bedeutet eine indirekte Ausübung von Macht durch die Gestaltung der Bedingungen für späteres Akteurshandeln. Das Konzept verknüpft Struktur und Handeln und erlaubt einen starken Fokus auf Akteure und ihre jeweiligen Interessen. *Context Shaping* bietet damit zwar kein Theoriegerüst im engeren Sinne, jedoch eine Perspektive, die mit anderen Ansätzen in der Transitionsforschung kompatibel ist und zusätzliche Erkenntnisgewinne in Mehrebenen-Betrachtungen ermöglicht. Die Perspektive ist offen für die empirische Analyse verschiedener, ineinandergreifender Politikfelder und Prozesse, statt bspw. nur auf die Gesetzgebung und politische Entscheidungen in der Raumplanung zu blicken. Außerdem wird untersucht, wie sich die beschriebenen Veränderungen auf soziales Handeln auswirken und dadurch neue Aushandlungsprozesse entstehen. Empirisch haben wir dies am Beispiel der deutschen Energiewende illustriert.

Mit unserem empirischen Fokus auf das EEG als zentrales Förderelement und die Raumplanung als Rahmen für die räumliche Steuerung der Energiewende diente das Konzept des *Context Shaping* der vertieften Analyse von Strukturveränderungen durch Handeln. In Akteurskonstellationen auf verschiedenen Ebenen existieren Interessengegensätze zwischen Treibern und Opponenten der Energiewende, deren Aushandlungsprozesse zentral für den Verlauf der Energiewende sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen und lokalen Ebene sind. Die eingesetzten Strategien sind vielfältig und reichen von rechtlichen über formalpolitische Verfahren und planerische Abwägungen bis hin zu sozialen Protesten.

Mit der Förderung durch das EEG werden von (national)staatlicher Seite ökonomische Anreize und Vorteile für erneuerbare Energien geschaffen, die das dezentrale Handeln verschiedener wirtschaftlicher und nicht-wirtschaftlicher Akteure lenken. Die Abwägungen und Verfahren der Raumplanung auf regionaler und kommunaler Ebene sind dagegen bestimmend dafür, wo die Energiewende realisiert wird. Bei einer zusammenhängenden Betrachtung zeigt sich, dass im Verlauf der Energiewende diese verschiedenen Kontexte ineinandergreifen, aber auch dass Akteurshandeln über verschiedene räumliche Ebenen vernetzt ist; entsprechend wirken auch Prozesse des *Context Shaping* räumlich differenziert, nämlich orts- und ebenenübergreifend.

Für die Transitionsforschung ist *Context Shaping* relevant, da Transitionen nicht nur technische Veränderungsprozesse sind, sondern sich auch Praktiken und Bedingungen sozialen Handelns verändern. *Context Shaping* bietet einen Ansatz, wie die Bedingungen des sozialen Handelns in Transitionsprozessen fokussiert werden können, ohne das Handeln von Akteuren auszuklammern. Wie am Beispiel der politisch-wirtschaftlichen sowie der räumlich-planerischen Rahmensetzungen der deutschen Energiewende gezeigt wurde, ermöglicht dieser Ansatz außerdem, Handeln und dessen Effekte über mehrere Ebenen hinweg zu untersuchen. Das erhöht die Komplexität einer Analyse, lässt aber auch bessere Aussagen darüber zu, wo Stellschrauben für die Veränderung von Strukturen liegen und wie sozio-technische Veränderungsprozesse effektiv angestoßen und befördert werden können. Weitere Analysen dazu, welche Akteure den Kontext von Transitionsprozessen beeinflussen oder sogar festlegen, können die Debatte über Macht in Transitionen zur Nachhaltigkeit bereichern (AVELINO & ROTMANS 2009).

Unser Beitrag liefert eine erste akteursorientierte Einführung in das Konzept des *Context Shaping* und illustriert dieses am Beispiel der Forschung zur deutschen Energiewende. Wir konnten nicht alle Aspekte des Zusammenhangs von Akteurshandeln und Strukturveränderungen empirisch beleuchten, die für eine Vertiefung des Konzepts relevant sind. Darunter fällt eine systematische Erfassung der Rolle von Ressourcen verschiedener Akteure wie z. B. Zugang zu und Einfluss auf Entscheidungen. Mit einem vergleichenden Blick auf die verschiedenen Strategien und Ergebnisse von *Context Shaping* ließen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten feststellen, die die Entwicklung von Politikansätzen beeinflussen können. Weiterhin wäre es interessant zu überlegen, in welchen Themen- oder Politikfeldern die Veränderung eines Kontexts leichter umsetzbar ist als in anderen und welche Strategien dafür vielversprechend sind. Die Feststellung, dass *Context Shaping* ein kontinuierlicher und pfadabhängiger Prozess ist, wirft die Frage nach der zeitlichen Gültigkeit einzelner Rahmenbedingungen auf. Hier wäre es interessant zu untersuchen, wie sich verändernde Rahmenbedingungen auf verschiedene Organisations- und Unternehmensformen, in der deutschen Energiewende zum Beispiel neue Stadtwerke und Energiegenossenschaften, auswirken und mit welchen Strategien sich diese am *Context Shaping* beteiligen. Um diese Fragen zu untersuchen, sind weitere empirische Analysen notwendig.

Auch für die geographische Forschung eröffnet das Konzept neue Perspektiven. So bietet *Context Shaping* einen integrativen Ansatz, mit dem die Veränderungen

verschiedener Rahmenbedingungen für gesellschaftlichen und räumlichen Wandel gemeinsam in den Blick genommen werden. In unserem Beispiel haben wir die Dualität der Governance der Energiewende herausgearbeitet. Ein Vergleich verschiedener Raumtypen, zum Beispiel zwischen städtischen und ländlichen Räumen, könnte die räumliche Komponente von *Context Shaping* weiter schärfen, indem verschiedene lokale Bedingungen und Akteurskonstellationen sowie die Ergebnisse von *Context Shaping* systematisch zueinander in Beziehung gesetzt werden. Für eine konzeptionelle Weiterentwicklung unserer akteursorientierten Perspektive würde sich eine Diskussion mit stärker diskursiv ausgerichteten Ansätzen in der geographischen Energieforschung anbieten, um auch nicht-institutionelle Rahmensetzungen wie Landschaftsbilder (WEBER et al. 2016) oder dominante Praktiken (STURM & MATTISSEK 2017) einzubeziehen. Und zuletzt: Wir haben von verschiedenen räumlichen Ebenen gesprochen, auf denen *Context Shaping* stattfindet; deren Entstehung bzw. Herausbildung als räumliche *Scales* kann ebenfalls als Ergebnis von *Context Shaping* konzeptualisiert werden (*scalar politics*; vgl. MACKINNON 2011).

Literatur

- AVELINO, F. & J. ROTMANS 2009: Power in Transition. An Interdisciplinary Framework to Study Power in Relation to Structural Change. In: *European Journal of Social Theory* 12, 4, S. 543–569.
- BACHRACH, P. & M. S. BARATZ 1962: Two faces of power. In: *The American Political Science Review* 56, 4, S. 947–952.
- BAURIEDL, S. 2016: Formen lokaler Governance für eine dezentrale Energiewende. In: *Geographische Zeitschrift* 104, 2, S. 72–91.
- BAURIEDL, S., S. BAASCH & C. GÖRG 2015: Anpassung im Interessenkonflikt. Klimawandel-Governance als Aushandlungsprozess vielfältiger Akteure. In: KNIELING, J. & A. ROSSNAGEL (Hrsg.): *Governance der Klimaanpassung: Akteure, Organisation und Instrumente für Stadt und Region*. München, S. 29–48 (= KLIMZUG – Klimawandel in Regionen zukunftsfähig gestalten, 6).
- BECKER, S., A. BUES & M. NAUMANN 2016: Zur Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte. Skizze eines Analysewerkzeugs. In: *Raumforschung und Raumordnung* 74, 1, S. 39–49.
- BECKER, S. & M. NAUMANN 2017: Rescaling Energy? Räumliche Neuordnungen in der deutschen Energiewende. In: *Geographica Helvetica* 72, 3, S. 329–339.
- BENZ, A. 2007: Multi-Level Governance. In: BENZ, A., S. LÜTZ & U. SCHIMANK (Hrsg.): *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden, S. 297–310.
- BERKHOUT, F., A. SMITH & A. STIRLING 2004: Socio-technical regimes and transition contexts. In: ELZEN, B., F.W. GEELS & K. GREEN (Eds.): *System innovation and the transition to sustainability. Theory, evidence and policy*. Cheltenham u. a., S. 48–75.
- BMVBS (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung) 2011: *Erneuerbare Energien. Zukunftsaufgabe der Regionalplanung*. Bonn.
- BOSCH, S., J. RATHMANN & F. SIMETSREITER 2016: Raumverträglicher Ausbau von erneuerbaren Energien: Ein alternativer Standortplanungsansatz für eine nachhaltige Energiewende. In: *Geographica Helvetica* 71, 1, S. 29–45.

- CUMBERS, A., D. MACKINNON & R. MCMASTER 2003: Institutions, Power and Space. Assessing the Limits to Institutionalism in Economic Geography. In: *European Urban and Regional Studies* 10, 4, S. 325–342.
- DAHL, R. A. 1957: The concept of power. In: *Behavioral Science* 2, 3, S. 201–215.
- GAILING, L. 2015: Landschaft und produktive Macht. Auf dem Weg zur Analyse landschaftlicher Gouvernementalität. In: KOST, S. & A. SCHÖNWALD (Hrsg.): *Landschaftswandel: Wandel von Machtstrukturen*. Heidelberg, S. 37–51 (= *Raumfragen: Stadt – Region – Landschaft*).
- GEELS, F. W. & J. SCHOT 2007: Typology of sociotechnical transition pathways. In: *Research Policy* 36, 3, S. 399–417.
- GEELS, F. W. 2002: Technological transitions as evolutionary reconfiguration processes: a multi-level perspective and a case-study. In: *Research Policy* 31, 8–9, S. 1257–1274.
- GEELS, F. W. 2004: From sectoral systems of innovation to socio-technical systems. Insights about dynamics and change from sociology and institutional theory. In: *Research Policy* 33, 6–7, S. 897–920.
- GEELS, F. W. 2011: The multi-level perspective on sustainability transitions: Responses to seven criticisms. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 1, 1, S. 24–40.
- GEELS, F. W. 2014: Regime Resistance against Low-Carbon Transitions: Introducing Politics and Power into the Multi-Level Perspective. In: *Theory, Culture & Society* 31, 5, S. 21–40.
- GEELS, F. W., F. KERN, G. FUCHS, N. HINDERER, G. KUNGL, J. MYLAN, M. NEUKIRCH & S. WASSERMANN 2016: The enactment of socio-technical transition pathways: A reformulated typology and a comparative multi-level analysis of the German and UK low-carbon electricity transitions (1990–2014). In: *Research Policy* 45, 4, S. 896–913.
- GIDDENS, A. 1984: *The constitution of society. Outline of the theory of structuration*. Berkeley, CA.
- GLASZE, G. & A. MATTISSEK 2012: Die Hegemonie und Diskurstheorie von Laclau und Mouffe. In: Glasze, G. & A. Mattissek 2012: *Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 153–180.
- HAAS, T. 2017: *Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa*. Wiesbaden.
- HAY, C. 1997: Divided by a Common Language: Political Theory and the Concept of Power. In: *Politics* 17, 1, S. 45–52.
- HESS, D. J. 2014: Sustainability transitions: A political coalition perspective. In: *Research Policy* 43, S. 278–283.
- HESS, D. J., Q. D. MAI, R. SKAGGS & M. SUDIBJO 2017: Local matters: Political opportunities, spatial scale, and support for green jobs policies. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions*.
- HOPPMANN, J., J. HUENTELER & B. GIROD 2014: Compulsive policy-making – The evolution of the German feed-in tariff system for solar photovoltaic power. In: *Research Policy* 43, 2, S. 1422–1441.
- HÜESKER, F. & T. MOSS 2015: The politics of multi-scalar action in river basin management: Implementing the EU Water Framework Directive (WFD). In: *Land Use Policy* 42, S. 38–47.
- JACOBSSON, S. & V. LAUBER 2006: The politics and policy of energy system transformation – explaining the German diffusion of renewable energy technology. In: *Energy Policy* 34, S. 256–276.

- JESSOP, B. 2001: Institutional re(turns) and the strategic-relational approach. In: *Environment and Planning A* 33, 7, S. 1213–1235.
- JESSOP, B. 2008: *State Power. A Strategic Relational Approach*. Cambridge/Malden (MA).
- KLAGGE, B. & T. BROCKE 2013: Energiewende vor Ort: Dezentrale Stromerzeugung und die Rolle von Stadtwerken und Regionalversorgern. In: *Geographische Rundschau* 65, 1, S. 12–18.
- KLAGGE, B. 2013: Governance-Prozesse für erneuerbare Energien – Akteure, Koordinations- und Steuerungsstrukturen. In: KLAGGE, B. & C. ARBACH (Hrsg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Hannover, S. 7–16 (= *Arbeitsberichte der ARL*, 5).
- LAWHON, M. & J. MURPHY 2012: Socio-technical regimes and sustainability transitions. Insights from political ecology. In: *Progress in Human Geography* 36, 3, S. 354–378.
- LIEBERHERR, E. & L. FUENFSCHILLING 2016: Neoliberalism and sustainable urban water sectors: A critical reflection of sector characteristics and empirical evidence. In: *Environment and Planning C: Government and Policy* 34, 8, S. 1540–1555.
- LIEBRENZ, F. 2013: Governance-Prozesse bei der Festlegung von Eignungsgebieten/Vorranggebieten für die Windenergienutzung in Regionalplänen. Das Beispiel Schleswig-Holstein. In: KLAGGE, B. & C. ARBACH (Hrsg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Hannover, S. 45–54 (= *Arbeitsberichte der ARL*, 5).
- LOCKWOOD, M., C. KUZEMKO, C. MITCHELL & R. HOGGETT 2017: Historical institutionalism and the politics of sustainable energy transitions: A research agenda. In: *Environment and Planning C: Politics and Space* 35, 2, S. 312–333.
- LUKES, S. 1974: *Power. A radical view*. London.
- MACKINNON, D. 2011: Reconstructing scale: Towards a new scalar politics. In: *Progress in Human Geography* 35, 1, S. 21–36.
- MARKARD, J., R. RAVEN & B. TRUFFER 2012: Sustainability transitions: An emerging field of research and its prospects. In: *Research Policy* 41, 6, S. 955–967.
- MAUTZ, R. 2012: Sozioökonomische Dynamik der Energiewende. In: BARTELHEIMER, P., S. FROMM & J. KÄDTLER (Hrsg.): *Teilhabe im Umbruch*. Wiesbaden, S. 223–241 (= *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland*, 2. Bericht).
- MEADOWCROFT, J. 2009: What about the politics? Sustainable development, transition management, and long term energy transitions. In: *Policy Sciences* 42, 4, S. 323–340.
- MOSS, T., S. BECKER & M. NAUMANN 2015: Whose energy transition is it, anyway? Organisation and ownership of the Energiewende in villages, cities and regions. In: *Local Environment* 20, 12, S. 1547–1563.
- OTTO, A. & M. LEIBENATH 2014: The interrelation between collective identities and place concepts in local wind energy conflicts. In: *Local Environment* 19, 6, S. 660–676.
- REICHE, D.T. 2004: *Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen einer Vorreiterpolitik*. Frankfurt am Main/Wien u. a.
- SANDER, H. 2016: *Auf dem Weg zum grünen Kapitalismus? Die Energiewende nach Fukushima*. Berlin (= *Kritische Wissenschaft*, 1).
- SCHMID, E., B. KNOPF & A. PECHAN 2016: Putting an energy system transformation into practice: The case of the German Energiewende. In: *Energy Research & Social Science* 11, S. 263–275.
- SCHWEIZER, P.-J. & J. BOVET 2016: The potential of public participation to facilitate infrastructure decision-making: Lessons from the German and European legal planning system for electricity grid expansion. In: *Utilities Policy* 42, S. 64–73.
- SHOVE, E. & G. WALKER 2007: CAUTION! Transitions ahead: politics, practice, and sustainable transition management. In: *Environment and Planning A: Economy and Space* 39, 4, S. 763–770.

- SMITH, A., A. STIRLING & F. BERKHOUT 2005: The governance of sustainable socio-technical transitions. In: *Research Policy* 34, 10, S. 1491–1510.
- SPÄTH, P. & H. ROHRACHER 2010: ‚Energy regions‘: The transformative power of regional discourses on socio-technical futures. In: *Research Policy* 39, 4, S. 449–458.
- STEGERT, P. & B. KLAGGE 2015: Akzeptanzsteigerung durch Bürgerbeteiligung beim Übertragungsnetzausbau? Theoretische Überlegungen und empirische Befunde. In: *Geographische Zeitschrift* 103, 3, S. 171–190.
- STRÜVER, A. 2012: Grundlagen und zentrale Begriffe der Foucault’schen Diskurstheorie. In: Glasze, G. & A. Matissek 2012: *Diskurs und Raum. Theorien und Methoden für die Humangeographie sowie die sozial- und kulturwissenschaftliche Raumforschung*. Bielefeld, S. 61–82.
- STURM, C. & A. MATTISSEK 2017: How to make them walk the talk: governing the implementation of energy and climate policies into local practices. In: *Geographica Helvetica* 72, 1, S. 123–135.
- SÜSSER, D., M. DÖRING & B. M. RATTER 2017: Harvesting energy: Place and local entrepreneurship in community-based renewable energy transition. In: *Energy Policy* 101, S. 332–341.
- THOM, S. 2013: Governance-Prozesse bei der Festlegung von Eignungsgebieten/Vorranggebieten für die Windenergienutzung in Regionalplänen. Das Beispiel Niedersachsen. In: KLAGGE, B. & C. ARBACH (Hrsg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Hannover, S. 17–30 (= *Arbeitsberichte der ARL*, 5).
- TIMMERMANS, J., S. VAN DER HEIDEN & M. P. BORN 2014: Policy entrepreneurs in sustainability transitions: Their personality and leadership profiles assessed. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 13, S. 96–108.
- TOKE, D. & V. LAUBER 2007: Anglo-Saxon and German approaches to neoliberalism and environmental policy: The case of financing renewable energy. In: *Geoforum* 38, 4, S. 677–687.
- TOKE, D. 2011: Ecological modernisation, social movements and renewable energy. In: *Environmental Politics*, 20, S. 60–77.
- WEBER, F., A. ROSSMEIER, C. JENAL & O. KÜHNE 2016: Landschaftswandel als Konflikt: ein Vergleich von Argumentationsmustern beim Windkraft- und beim Stromnetzausbau aus diskurstheoretischer Perspektive. In: KÜHNE, O., H. MEGERLE & F. WEBER (Hrsg.): *Landschaftsästhetik und Landschaftswandel. Interdisziplinäre Ansätze zur Landschaftsästhetik*. Wiesbaden, S. 215–244.
- WOTHA, B. 2013: Planerische Möglichkeiten zur Steuerung der Standortentwicklung und Verbesserung der Akzeptanz von Biogasanlagen. In: KLAGGE, B. & C. ARBACH (Hrsg.): *Governance-Prozesse für erneuerbare Energien*. Hannover, S. 69–78 (= *Arbeitsberichte der ARL*, 5).